

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1902

2.8.1902 (No. 175)

Badischer Beobachter.

Samstags-Beilage:
Das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen“.

Telephon-Anschluß-Nr. 535.

Anzeigen: Die sechspaltige Zeit-
zeile oder deren Raum 20 Pfg.,
Reklamen 50 Pfg. Bei öfterer
Wiederholung entsprechender Rabatt.
Zusätze nehmen außer der Expe-
dition alle Annoncen-Bureau an.

Redaktion und Expedition:
Klosterstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

Erscheint täglich mit Ausnahme
Sonn- und Feiertags und kostet
in Karlsruhe in's Haus gebracht
vierteljährlich 2 M. 60 Pfg.,
monatlich 55 Pfg., wenn in
der Expedition oder in den Agen-
turen abgeholt, durch die Post
bezogen vierteljährlich 3 M.,
25 Pfg., mit Bestellgeld 3 M. 65 Pfg.
Bestellungen werden jederzeit
entgegengenommen.

Post-Zeitungs-Briefe 798.

Nr. 175.

Samstag, den 2. August

1902

N. Wie urteilt der erste liberal- protestantische Theologe Deutschlands über Mönchtum und Ordenswesen?

Unsere Citate von Professor D. Harnack in Berlin über Mönchtum und Ordenswesen liegen der „Badischen Landeszeitung“ offenbar sehr schwer im Magen. Es ist schon zwei volle Monate her, seitdem wir das erste Citat von D. Harnack veröffentlicht (siehe „Bad. Beob.“ Nr. 122, 2. M. vom 1. Juni) und noch immer kann sie behaupten, daß sie nicht kommen. Wir wollen deshalb die „Bad. Landesztg.“ und den Klosterfreund eine neue Probe machen. Wir sind in der Lage, ihnen mit noch größeren Ausführungen zu kommen. Die Urteile D. Harnack's haben bekanntlich für jeden gebildeten Protestant, der nur einigermaßen zur Forderung der freien Wissenschaft schreitet, einen ganz außerordentlichen Wert. Der Zufall will es nun, daß unsere Citate mit einer einzigen Ausnahme sämtlich dem epochemachenden Werke D. Harnack's „Das Wesen des Christentums“ entnommen sind. Das Buch hat bekanntlich bei seinem Erscheinen großes Aufsehen erregt. Es ist in so freies liberal-protestantisches Geistes getrieben, daß der orthodoxe protestantische Theologe selber es „Das Evangelium des modernen Antichristentums“ nennen möchte.

Wer also modern sein will in protestantischen Lager und wirklich liberal, der muß zu Harnack schwören, denn die Ansichten Harnack's sind liberal, hochmoderne Ansichten. Die Schlagwörter „Mittelalter“ und „Ultramontanismus“ sind also zum Voraus ausgeschlossen. Was sagt nun Harnack? Er ruft mit der ganzen Autorität, die ihm seine Stellung als Theologieprofessor in der Reichshauptstadt verleiht, seinen protestantischen Glaubensgenossen zu: „Wir Protestanten dürfen uns nicht sofort an der Form des Mönchtums freuen. Die Bedingungen, unter denen unsere Kirche entstanden ist, haben uns ein herbes und einseitiges Urteil über dasselbe anferlegt. Und ob wir auch berechtigt sein mögen, es für die Gegenwart und unsere Aufgaben gegenüber festzuhalten — auf andere Verhältnisse dürfen wir es nicht ohne Weiteres anwenden.“ Unter den „andern“ Verhältnissen versteht er offenbar katholische Verhältnisse.

„Wir Protestanten dürfen uns nicht sofort an der Form des Mönchtums freuen. Die Bedingungen, unter denen unsere Kirche entstanden ist, haben uns ein herbes und einseitiges Urteil über dasselbe anferlegt. Und ob wir auch berechtigt sein mögen, es für die Gegenwart und unsere Aufgaben gegenüber festzuhalten — auf andere Verhältnisse dürfen wir es nicht ohne Weiteres anwenden.“ Unter den „andern“ Verhältnissen versteht er offenbar katholische Verhältnisse. In seinem andern Werke „Das Mönchtum, seine Ideale und Geschichte“ stellt Harnack dem verhassten Mönchtum folgendes glänzende Zeugnis aus: „Immer ist es das Mönchtum gewesen, welches die sinkende Kirche gerettet, die verfallene befestigt, die angegriffene Herzen theilhaftig hat. Es hat die erlittenen Geister erweckt, die widerpenstigen Geister zügelte, die der Kirche entzündeten Bälter wiedergewonnen. Dieser Hinweis allein lehrt, daß wir in dem Mönchtum des Abendlandes einen Kulturfaktor ersten Ranges zu erkennen haben.“ So urteilt also die erste Größe des heutigen liberalen Protestantismus, — so urteilt ein Mann, der durchaus nicht unfer religiösen Standpunkt theilt, ein Mann, der auf religiös-dogmatischem Gebiet unschätzbare Dienste geleistet hat. So urteilt ein Gelehrter, dessen Autorität hoch über die Autorität der Gelehrten der „Bad. Beob.“ steht, ein Gelehrter, der in Folge seines Liberalismus und seiner freien Denkart nicht den Vorwurf „ultramontaner“ Anwandlungen zu fürchten braucht. So urteilt ein Mann, der wirklich gebildete und tiefer Studien auf diesem Gebiete gemacht hat, tiefer jedenfalls, als Herr Reichardt'scher Doktor. So urteilt ein Mann, der von sich selbst sagt am Schluß seines Buches, „daß er dreißig Jahre um diese Dinge sich ernstlich bemüht habe.“

Und warum urteilt er so? Warum stimmen seine Ansichten so wenig mit denen der „Bad. Landesztg.“ überein? Weil Harnack über die Vorurteile der kleinen Geister auf diesem Gebiete geradezu erhaben ist, wie Wieland Friedrich II. der Große und Katharina II. von Rußland über die Vorurteile ihrer Zeitgenossen der Ansicht der Jesuiten. Es ist immer wieder die alte Wahrheit, die auch durch Harnack auf's Neue bestätigt wird: Große Geister sind nicht ordensfeindlich, sondern ordensfreundlich — wahrer Liberalismus kennt keine Klosterfeindschaft; gründliches wissenschaftliches Studium des Mönchtums führt zur Anerkennung desselben und nicht zu dessen Befehdung.

Die Wissenschaftlichkeit der „Badischen Landeszeitung“.

Karlsruhe, 31. Juli.
Zur Klostersfrage schreibt uns unter P. „Korrespondent“ nachträglich kommt uns der Doppel-Artikel der „Bad. Beob.“ vom 25. und 26. Juli zu Gesicht. Die Gelehrten der „Bad. Beob.“ glauben das hohe Maß der Wissenschaftlichkeit besitzen zu sollen und sehen mit Verachtung auf den Korrespondenten der „Bad. Beob.“ herab. Da heißt es „von der liberalen Kennntnislosigkeit der liberalen Journalisten, ihren Mangel an wissenschaftlicher Bildung, ihren falschen Citaten, ihren logischen Widersprüchen“ zc. zc.
Wir glauben das Urteil ruhig jedem objektiv denkenden und sachlich urteilenden Manne überlassen zu können, auf welcher Seite mehr Wissenschaftlichkeit und auf welcher mehr Leidenschaftlichkeit, logische Widersprüche zc. zu finden sind, bei uns oder bei der „Bad. Beob.“. Wir haben gerade wegen unserer schwebenden Logik in einem früheren Kloster-Artikel sogar öffentliche Aner-

kennung gefunden. Was die Befehdung der „falschen Citate“ anbelangt, so möge uns die „Bad. Beob.“ gefällig den Nachweis bringen; es dürfte ihr damit schwer werden. Nicht so schwer wird es uns dagegen, ihr den Nachweis zu bringen, daß sie wieder einmal in ihrer großen Wissenschaftlichkeit sich eine große Blöße gegeben hat. Unser Artikel über den Besuch des berühmten Geographen Ritter in zwei Klöstern war ihr offenbar unangenehm. Um den Eindruck zu verwischen, will sie ihren Lesern glauben machen: „Die Mönche von San Lazzaro in Venedig sind nicht römisch-katholisch, sondern armenisch, sie sind nicht in blindem Gehorsam dem Papst in Rom verpflichtet, sondern kompetieren in die geistliche Macht des Staates in Genua.“

Gründlich fehlgeschossen, alte Tante! Das gerade Gegenteil ist wahr! Die Mönche von San Lazzaro sind Armerier, aber nicht schismatisch, sondern unit, sie erkennen also in dem Papst ihr Oberhaupt.

Die Mönche von San Lazzaro gehören nämlich der sogenannten „Mediterranen-Kongregation“ an, die von dem heiligmännlichen Priester Meditar im Jahre 1701 gegründet wurde. Dieser Ordensstiftung ging — obwohl Armerier von Geburt — im Jahre 1718 nach Rom, um dem Papste Rechenschaft von seiner Kongregation vorzulegen. Nach seinem Tode wurde sogar ein Seligsprechungsprozess in Rom eingeleitet. Der erste Generalabt der Meditarischen-Kongregation wurde sogar vom Papst Pius VII. geweiht und bestätigt!

Die Gelehrten der „Bad. Beob.“ haben also wieder einmal tüchtig daneben geschlagen; etwas mehr Wissenschaftlichkeit würde ihnen also gut anstehen!

Zur Tagesgeschichte. Karlsruhe, 1. August.

Die Eisenstraße

beschäftigen gegenwärtig die Zolltarif-Kommission des Reichstages. Nach dem bisherigen Verlaufe der Debatten ist wirklich anzunehmen, daß die Mehrheit der Kommission nicht genehmigt, die Frage dieser Eisen- und Maschinenstraße schon jetzt zur Erledigung zu bringen, sondern in der Hauptsache den Regierungsentwurf unverändert durchgehen zu lassen. Daß damit die Sache nicht erledigt sein kann, ist von mehreren Rednern der Rechten und des Centrum's klar und deutlich gesagt worden. Gerade diese Fälle haben eine ungemein große Bedeutung für die Landwirtschaf; soll diese letztere noch weiter befestigt werden durch die Verbesserung ihrer allernötigsten Wirtschaftsmittel, dann schließt es ihr auch unter allen Umständen, daß ihre Erzeugnisse hinreichenden Zollschutz erhalten. Die Debatte in der Kommission kann gegenwärtig also nur die Entscheidung eines Vorpostengefechtes haben: der Entscheidungskampf ist vertagt. Sollten bei der zweiten Sitzung des Entwurfs nicht die Getreidezölle-Sache nach dem bekannten, vorausgegangenen Kompromiß angenommen werden, dann ist auch nicht darauf zu rechnen, daß die Zölle für Eisen und Maschinen in der ursprünglichen Höhe die zweite Sitzung passieren werden. Diese werden alsdann vielmehr eine entsprechende Herabminderung erfahren müssen.

Die Eisenstraße

Die Eisenstraße haben eine ganz besondere Bedeutung: sie bezeichnen in dem Jahre 1877 die erste Abfertigung der verberblichen Freihandelspolitik der sogenannten liberalen Ära. Sehr richtig sagte jetzt der Handelsminister Dr. M. S. L. in der Zollkommission, daß damals die vorausgegangene Bestimmung der Eisenzölle der größte Fehler gewesen sei, den je ein deutsches Parlament gemacht habe. Es ist nicht dringend und lebhaft genug zu wünschen, daß nicht einmala nach weiteren dreißig Jahren wiederum ein Minister aufstehen und sagen möge: Die Bestimmung ungenügender Getreidezölle im Jahre 1902 war der größte Fehler, den jemals ein deutsches Parlament gemacht hat. Die Entwicklung der Industrie Landwirtschaf vernichtet sein sollte durch das Fehlen eines hinreichenden Zollschutzes, dann wird man vergeblich versuchen, sie wieder aufzurichten.

Die Sozialdemokratie

wird also in diesem Jahre in München ihren Parteitag abhalten. Er soll am 14. September seinen Anfang nehmen. Daß der Parteitag gerade in München stattfinden soll, hat sein besonderes Interesse wegen des vorausgegangenen Streites innerhalb der Partei um verschiedene bayerische Angelegenheiten, namentlich deswegen, weil die Sozialdemokraten in der bayerischen Abgeordnetenkammer für die Entschlieung zu Gunsten einer Reform des Landtagswahlrechts gestimmt haben. Der Obergenosse Webel übte eine scharfe Kritik an den bayerischen Sozialdemokraten, erfuhr dafür aber eine derbe Abweisung durch den Parteitag der bayerischen Sozialdemokratie in Ludwigshafen. Man hat demnach in München eine allgemeine Auseinandersetzung zu erwarten über die Frage der Kompromisse mit bürgerlichen Parteien. Der Redekampf zwischen Webel und Anhang auf der einen und Volkmar mit seinen besonderen Freunden auf der anderen Seite wird jedenfalls recht lebhaft werden. Ein kleines Vorpiel dazu ist der Redeschäftsbericht, den der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Rosenheim in dem Münchner Parteitag für seine Wähler veröffentlicht. Er wendet sich dabei in scharfen Redewendungen gegen die Kritik Webel's und legt dar, daß die Sozialdemokraten in der bayerischen Abgeordnetenkammer einen argen taktischen Fehler begangen haben würden, wenn sie sich gegen die Entschlieung zu Gunsten eines allgemeinen und unmittelbaren Landtagswahlrechts ausgesprochen hätten. Webel — so schließt Rosenheim — hätte sich eine unzutreffende und scharfe Kritik vollkommen

ersparen können. Im Uebrigen wird — um nach dem vorliegenden Programm zu urteilen — der Parteitag kaum etwas Interessantes bringen.
Die Haltung der sozialdemokratischen Mitglieder in der Zolltarif-Kommission des Reichstages erregt uns auch Widerspruch im eigenen Lager. Die Arbeiter verschiedener Industrien beginnen einzufehen, daß diese Haltung theilweise unmitelbar gegen ihr Interesse gerichtet ist. Denn ohne Schutzzölle kann die deutsche Industrie nicht bestehen, und ohne Industrie haben die Arbeiter keine Existenz. In diesem Sinne erfaßt die Politik der Herren „Genossen“ in der genannten Reichstags-Kommission eine scharfe Aburteilung in einem Arbeiterfachblatt, dem „Korrespondenten für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Gut- und Filzwarenindustrie“. Das Blatt weist darauf hin, daß unter dem Einflusse der geltenden Zölle die deutsche Haarummaderei gegen die ausländische Konkurrenz bestehen könnte; daß ihr aber vollends der Garaus gemacht werden würde, wenn nach den Rezepten verfahren werden sollte, wie sie die sozialdemokratischen Abgeordneten und Reichstagsmitglieder in der Kommission empfahlen.

Fünf Kaufleute auf 1500 Soldaten und Beamte

Herr Boultney Wigelow in Kaufshofen gefunden. Herr Wigelow ist ein nicht unbekannter amerikanischer Schriftsteller, der ebendort persönlich auch dem deutschen Kaiser nahestand, der zwar durchaus nicht frei von amerikanischen Vorurtheilen, aber nicht desto weniger so unzuverlässig ist, daß man glauben könnte, er besäße sich mit der unmittelbaren Fälschung von Staatspapieren. Er würde ja in diesem Falle auch außerordentlich schnell widerlegt sein; und im Uebrigen sagt er nur das, was wir Deutschen selbst leider schon wissen, nur in etwas drastischer Manier: daß nämlich in unseren deutschen Schutzgebieten das Beamtenum und die Uniform eine übermäßig umfangreiche Rolle spielen. Auch der Kaiser hat sich über diese Thatsache bereits mehr als einmal abfällig geäußert; und in allernächster Zeit sind ja Angaben über die Besetzung der Beamtenstellen in den durchgeführten Reform in diesem Sinne noch vorläufig noch keine Rede sein, und wir Deutschen müssen den Ladel nur gar zu sehr als berechtigt empfinden, wenn Herr Wigelow weiter erzählt: Von sechzehn deutschen Kaufleuten, die er im Jahre 1898 auf einem nach China fahrenden Dampfer des Bremer Lloyd traf, reisten nur zwei nach Kaufshofen. Die Anderen zeigten gar keine Lust dazu; und jene zwei wurden durch die Haltung der Beamten in Kaufshofen demoralisiert, daß sie nach Hause zurückkehrten. Ein reicher deutscher Pflanzler — so erzählt Herr Wigelow in einem kürzlich erschienenen Buche — der große Besitzungen auf Sumatra hat... antwortete auf die Frage, weshalb er nicht an der Umwandlung von Deutsch-Ostafrika sich beteilige: Ich verachte, mich in Deutsch-Ostafrika niederzulassen; aber ich war nicht willkommen. Wo ich hinah — überall Uniformen. Man betrachtete mich nicht als ein Mitglied der Gesellschaft, das selbst Verwundt hat und weiß, was es zu thun hat... Das sind, wie gesagt, ohne Zweifel Erzählungen, die nicht von Uebertreibungen frei sind. Aber wir Alle wissen nur zu genau, daß leider ein sehr berechtigter Kern darin steckt.

Deutschland.

Berlin, 31. Juli.

A Josef Kürschner †.

Bei einem Anlasse von Windisch-Waldrer nach dem Benedicte ist am 29. Juli Professor Josef Kürschner infolge eines Herzschlages verstorben. Mit ihm verschwindet eine ganz eigenartige, charakteristische und ohne Zweifel sehr sympathische Gestalt aus den Kreisen der deutschen Presse und Literatur, gleichzeitig ein Schriftsteller, der in den Kreisen des allgemeinen Publikums so sehr bekannt war, wie wenige Andere. Und doch war er nicht das, was man ein schöpferisches Genie nennt, ganz und gar nicht. Um so mehr ragte er aber hervor durch seine ganz eigenartige Gabe, Zeitschriften und Sammelwerke zu organisieren und in einer sehr ansprechenden und einzig überhöflichen Art auszugeben. Auf diesem Gebiete war Josef Kürschner wirklich ein Genie, und stets verfügte er über einen Reichthum von Plänen, auch guten Plänen aller Art, der ebenfalls unter allen seinen literarischen Zeitgenossen ohne Mitbewerber war. Am bekanntesten geworden sind sein Literatur-Kalender, sein einbündiges Universal-Lexikon, sein Welsprachen-Lexikon und zuletzt ein auf breiterer Grundlage angelegtes Sammelwerk „Deutsche Nationalliteratur“. Der jäh Tod ereilte den schaffenskräftigen Mann in einem Alter von nur 49 Jahren.

Ein höherer Beamter, der Geh. Oberfinanzrat und Provinzialsteuerdirektor Löning ist genöthigt worden, sich pensioniren zu lassen, weil er die Tochter eines Regierungssekretärs, der nur Feldwebel war, heirathete. Dem Mädchen wurde zwar alles Lobenswerthe nachgesagt hinsichtlich der Bildung und der Charakter-Eigenschaften, wie auch der Intelligenz und Tugend. Nur der Stand, aus dem sie hervorgegangen, erschien für einen Beamten in solcher Stellung zu gering.

Das künftige unglücklich.

Der genannte hohe Beamte war in Posen angestellt und machte kein Hehl daraus, daß er den sog. Galatismus und die auf ihn folgende Polenpolitik nicht billigte. Er hat sich darüber, wie namentlich auch über die Stellungnahme des deutschen Beamtenstandes überhaupt ausgesprochen. Es ist recht interessant, seine diesbezüglichen Darlegungen zu kennen. Dieselben lauten: „Rechtlich bin ich, wie die große Mehrheit der höheren Beamten der Provinz, ein Gegner des schroffen Vorgehens in der Polenpolitik, des sogenannten Galatismus. Ich kann aber nicht umhin, hier anzuführen, daß ich erst vor einigen

Monaten an den Ministerial-Kommissar Gule ein Schreiben gerichtet habe, worin es heißt: „Ich halte den Galatismus und dessen gegenwärtigen Einfluß für verberblich für die Provinz und geradezu schädlich für das Deutschland.“ Dem Oberpräsidenten gegenüber habe ich die Bredouche-Affäre für einen Fehler erklärt, worauf er erwiderte, er halte sie für unerfreulich, er hätte sie nicht herbeigeführt und auch nicht verhindern können. In den hiesigen (Posener) geistlichen Kreisen bildet die Polenpolitik selbstverständlich ein ständiges Thema der Unterhaltung. Mit den meisten habe ich eine Uebereinstimmung der Ansicht konstatiren können. Der Galatismus findet besonders auch in dem höheren Beamtenstand der Stadt Posen nur wenige Befürworter. In dem nun einmal bestehenden Kampfe zwischen Polen und Deutschen in den gemischten Provinzen sollten alle Hegelein und jede verlebende Schärfe, die nicht nur schadet, vermeiden werden. Habe ich mich gegen die unglückliche Verfolgung der Polen in ihren Vereinen und ihrer Presse ausgesprochen, so habe ich die Förderung des Deutschthums durch positive Maßnahmen nicht um so fruchtbarer befürwortet. Man fördere überall das Deutschthum und zwar in ruhiger, stiller Weise, ohne deshalb viel Aufhebens zu machen, die Polen lasse man aber in Ruhe und Frieden. Das ist die Auffassung, welche ich stets vertreten habe. Unsere technische Zoll- und Steuerverwaltung steht außerhalb des politischen Kampfes der Parteien. Im Uebrigen werden Polen in der hiesigen Provinz in unserer Verwaltung nicht mehr angestellt, das beruht auf allgemeiner Anordnung.“

Es ist recht recht erfreulich, festgesetzt zu bekommen, daß die Beamtenchaft die Art von Polenpolitik nicht billigt, wie sie z. B. betrieben wird.

Königsberg i. Pr., 31. Juli.

Kronprinz Friedrich August von Sachsen traf heute früh halb 9 Uhr hier ein und wurde auf dem Bahnhof von dem Stadtkommandanten Generalleutnant von Anrau empfangen.

Miel, 31. Juli.

Der Kaiser traf 8.50 am Bord der Yacht „Hohenzollern“ in der Holtenerne Schleuse ein, verließ letztere halb 9 Uhr und begab sich auf dem „Stein“ nach der Sternförder Mühle, wo er sich auf dem Kanalschiff „Kaiser Friedrich III.“ einschiffen wird, um den geschäftsmäßigen Lebungen beizuwohnen.

Wilhelmshaven, 31. Juli.

Das Kanonenboot „Panther“, Kommandant Kobeltkapitän Csermann, hat heute früh die Ausreise nach Westindien angetreten.

Gumbinnen, 31. Juli.

Dem Oberleutnant Hildebrandt des hiesigen Artillerieregiments, der im vorigen Jahre in Insterburg den Leutnant Blaskowicz im Duell erschoss, ist, wie der „Berl. Botenpost.“ meldet, der Rest seiner zweijährigen Festungshaft erlassen worden.

Dresden, 31. Juli.

Die „Neue Fr. Pr.“ hat aus Dresden von eingewandelter Seite Verhältnisse über den gerichtslos gelassen gemachten politischen Einfluss des verstorbenen Königs Albert erfahren. Sie meint, wenn der Schlussstand der „Gedanken und Erinnerungen“ des Fürsten Bismarck an die Öffentlichkeit komme, werde die Welt in dieser Beziehung noch mehr erfahren, als sie schon wisse und schreibt: „Dem König Albert war es wiederholt obgelegen, dem Fürsten Bismarck helfend zur Seite zu sein. Der Fürst war es, wie sehr ihm der König die Stange hielt, und was dankbar dafür. Der König von Sachsen hat in manchem Konflikt, den der Kanzler mit seinem Kaiser hatte, mittelbar und schließlich eingegriffen. Der Fürst konnte auf König Albert rechnen, als in den letzten Jahren Wilhelm I. manche Einflüsse auf die sinkende Kraft des greisen Kaisers des Kanzlers Pläne krenzten. Lomte auch auf ihn bauen während der schweren Hunderttage Friedrich's III. und hätte sich Wilhelm II. den Erfahrungen und der Bedachtsamkeit König Albert's untergeordnet, so wäre es wahrscheinlich nicht zur Entlassung Bismarck's gekommen. König Albert hat, was einem weiteren Kreise nicht bekannt geworden, auch die Dreihundpolitik des Fürsten Bismarck mächtig gefördert. Ein Bruder der Mutter der Königin Margherita von Italien, hat er, als in Italien der Gedanke, sich in eine Allianz mit Deutschland einzulassen, noch unter den Umständen für Frankreich fast zu leben hatte, in manchen entscheidenden Briefen an seinen kaiserlichen Onkel Humbert diesem die Vortheile solch eines Bündnisses zu Gemüthe geführt, und dem Kaiser ward immermehr in seiner Neigung für ein Zusammengehen mit Deutschland befestigt. Noch bedeutungsvoller aber hatte König Albert zwischen Deutschland und Frankreich vermitteln können, als es sich darum handelte, das vom Fürsten Bismarck geplante Bündnis zwischen den beiden mitteleuropäischen Monarchien zu schmieden, denn viel galt König Albert bei Kaiser Franz Joseph, dem Verbündeten von 1866, und viel bei Kaiser Wilhelm, dessen wuchtvoller Mitarbeiter er im Kriege gegen Frankreich gewesen. Der sonst schweigsame und mit Lob farge Wolle hatte von der Mitwirkung des Königs Albert im Kriege gesagt, dieser hätte, wäre er auch nicht König gewesen, jedes Kommando, das ihm etwa anvertraut worden wäre, im höchsten Maße führen können.“

Es klingt nicht sehr glaubhaft, was hier über König Albert's Vermittelung in Sachen des Dreihundes behauptet wird; schließlich hat Bismarck die Rolle des Mittlers sich begeben, der Intervention brauchte und anrief. Was Bismarck's Stellung betrifft, so ist das hier dem König Albert nachgesagte eine Kopie dessen, was sonst vom Großherzog von Baden gesagt wurde.

Meh. 29. Juli.

Der katholische Bürgerverein hat gestern Abend im großen Stordenssaale eine Versammlung abgehalten, die zu den glänzendsten gezählt werden kann, welche der Verein bis jetzt zu verzeichnen hat. Wieder war es den Anwesenden vergönnt, den warmen, von innerer Ueberzeugung getragenen Worten des Festredners der Kapelleier, des Landtagsabgeordneten Fuchs-Sölln, zu lauschen, der diesmal über das Centrum, seine Politik, seine Bedeutung für Gegenwart und Zukunft sprach. Mit begeistertem Beifall wurde die Rede angenommen. Der geistliche Beirath des Vereins, Herr Oberlehrer Adolph Müller, sprach dem Herrn Abgeordneten den Dank der Versammlung aus und erklärte, die Nege Katholiken gäben heute das feierliche Gelöbniß ab, für die Sache des Centrum's einzutreten und sich ihm anzuschließen, worauf ein dreifaches, donnerndes Hoch auf das Centrum ausgebracht wurde.

Ausland.

Wien, 31. Juli. Wie es in gewissen Kreisen der Zeitungsblätter gemeldet wird, läßt eine „Entscheidung“ der „Köln. Ztg.“ abhän, die auf Kosten des Redakteurs der Wiener „Neuen Freien Presse“ erfolgt ist und folgendermaßen lautet:

Wir erwähnten bereits die von Wien aus in Berliner Blätter geleitete Nachricht von der angeblichen, im Anschlusse an den Dreibund erfolgten und dann wieder angeblich aufgehobenen Militärkonvention, durch die die Verwendung italienischer Truppen gegen Rußland vorgelesen sein sollte. Die „Neue Freie Presse“ läßt sich nun aus Berlin telegraphieren, daß dort geglaubt werde, diese Mitteilung niemals in der „N. Fr. Pr.“ gestanden hat, und daß wir von ihr erst Notiz nahmen, als sie von dem Verwurfs, mit der Verbreitung dieser Sensationsnachricht in Verbindung gestanden zu haben, nicht loskommen können. Die Nachricht ist in übereinstimmender Fassung an eine Reihe Berliner Zeitungen telegraphirt worden, und ihr Abdruck war der Redakteur der „Neuen Freien Presse“, Herr Meyer, dessen Telegramme gewöhnlich nur Wiedergaben von Meldungen der „N. Fr. Pr.“ enthalten. Die Nachricht hat nun allerdings nicht in der „N. Fr. Pr.“ gestanden, was auf verschiedene, jedem Journalisten einleuchtende Weise erklärt werden könnte. Vielleicht wird sich aber die „N. Fr. Pr.“ selbst der Mithat unterziehen, die Gründe festzustellen, aus denen ihr Mitarbeiter, Herr Meyer, in Berliner Blätter ein Rundschreiben zu legen veranlaßt. Bis dahin bleibt es für uns immer glaublich, daß Herr Meyer ganz auf eigene Hand vorgegangen und sein eigenes Blatt, die „N. Fr. Pr.“, von der Kenntnis einer Sensationsnachricht ausgeschlossen haben sollte, die er so freigeigig einer Reihe anderer Blätter überlieferte. Man sollte meinen, daß die „N. Fr. Pr.“ alles Interesse hätte, nicht in eine Intrigue zu bringen, die von einer ihr so nahe stehenden Seite ausgeht.

Paris, 31. Juli. Marineminister Pelletan hat den Admiral Gourfan, den Kommandanten der Seedivision des atlantischen Ozeans, die aus 5 Schiffen besteht und sich zur Zeit bei Martinique befindet, telegraphisch angewiesen, Maßnahmen zum Schutze der französischen Staatsangehörigen auf Haiti zu treffen.

Paris, 30. Juli. Präsident Doubet thut nicht mehr mit. So zu verstehen ist folgende Meldung der „Münd. N. Nachr.“: Doubet verlagte seine Unterschrift für neue Dekrete gegen die Ordensschulen, welche der Premierminister Combes ihm gestern nach Nambouillet zusandte. Doubet stützt seine Weigerung auf konstitutionelle Bedenken und verlangt für jedes Dekret einen Plenarbeschluss des Ministerrathes. Daraufhin wird morgen Kabinettsrath bei Combes, übermorgen Ministerrath in Nambouillet stattfinden. Daraus scheint ja allerdings hervorzugehen, daß sachliche Bedenken Monsieur Doubet nicht anken, aber er hat doch Schamgefühl genug, die Schürkeren, die Herr Combes begehrt, nicht allein verantworten zu wollen. Die Proteste der Katholiken haben also immerhin schon gewirkt. — Baronin de Kelle und ihr Komité sammeln gegenwärtig in der Halle Unterchriften für ihr Eingriffs schreiben gegen die Durchführung des Vereinsgesetzes; sie rechnen auf Tausende von Unterchriften.

Wien, 30. Juli. Eine nicht unbedeutende Anzahl der von der französischen Regierung aus ihren Jägern vertriebenen Frauenkongregationen will die Gastfreundschaft Belgiens in Anspruch nehmen; verschiedene derselben sind bereits im Lande eingetroffen. Zahlreiche katholische Familien haben den von der heimathlichen Behörde verfolgten Ordensfrauen bereits Stadtmömmungen und Landgüter zur Verfügung gestellt, bis es denselben gelungen sein wird, sich ein Heim in Belgien oder anderswärts zu sichern. Trotzdem faheln die liberalen Blätter von den „Scheelen Augen“, womit die belgischen „Alerikalen“ die französische Ordensweib-

berung betrachten sollen. Uebrigens bringen die bedeutendsten und ernst gehaltenen Brüsseler Organe des Liberalismus, Indépendance, Citöile und Gazette, recht interessante Kommentare zu der französischen Kulturkampferei; nur manches große deutsche Organ verwandten Geistes, worin die helle Freude über die Politik des französischen Volk zum Ausdruck kommt, könnte Augen aus diesen belgisch-amerikanischen Zeugnissen ziehen. Gazette und Indépendance führen aus, daß eine Politik wie die französische in Belgien verfassungswidrig und thatsächlich unmöglich wäre; verfassungswidrig, weil die Combes'sche Politik die Vereinigung der Unterrichts-, der Gewissens- und Koalitionsfreiheit ist; thatsächlich, weil in Belgien nicht nur die Katholiken, sondern auch die Liberalen sich gegen eine solche Vergevaltung der Freiheit erheben würden. In Frankreich freilich liegt die Sache anders; die belgische Freiheit existirt nicht in der Verfassung der Republik, und das Land der großen Revolution siehe unter Polizeigesetze, welche im monarchischen Belgien als unerträglich empfunden würden. Mit einem einzigen Wortlein charakterisirt Citöile Belge die Sachlage in Frankreich, indem das Volk in seinen sehr ausführlichen Berichten über die Pariser Straßenkundgebungen die Veranlasser und Teilnehmer der anti-kerikalen Gegenkundgebungen les revolutionnaires nennt, was allerdings das antikerikale Volk nicht hindert, dieser revolutionären Gesellschaft wohlwollend zuzuschauen.

London, 31. Juli. Der ehemalige Burengeneral Lufas Meijer begibt sich von London nach Dresden, um dort seine Tochter abzuholen und den Rest des Sommers in einem deutschen Badeort zu verbringen. Lufas Meijer erklärte, in Europa habe man keine Ahnung von den Reichthümern, die außer Gold Südafrika noch begehren, namentlich an Kohlen, Weibeland und anderem. Südafrika sei eigentlich erst am Anfang seiner wirtschaftlichen Entwicklung.

London, 31. Juli. Der heutige Krankenbericht besagt: Die Besserung in dem Befinden des Königs Eduard hat seit Montag bedeutende Fortschritte gemacht. Das allgemeine Befinden läßt nichts zu wünschen übrig. Die Wunde schließt sich in befriedigender Weise. Der König kann jetzt ohne Unterstützung das ganze Dec der Nacht entlang gehen. — König Eduard hat sich heute früh an Bord seiner Yacht auf eine Kreuzfahrt begeben.

London, 31. Juli. Die „Times“ meldet aus Shanghai: Die Revision des Zolltarifs ist durch China und acht Vertragsmächte beendet worden. Rußland, Italien, Spanien und Portugal haben daran nicht theilgenommen. Man glaubt nicht, daß diese Mächte gegen den neuen Zolltarif Widerspruch erheben werden; aber der Tarif noch nicht in Kraft treten, che nicht alle Mächte ihre Zustimmung zu ihm zu erkennen gegeben haben.

Mombasa (Britisch Ostafrika), 30. Juli. Major Maccliff und Major Wright, die britischen Kommissare für die Festschließung der Grenze zwischen Ostafrika und Uganda, sind hier eingetroffen.

Johannesburg (Südafrika), 31. Juli. Die Direction der Eisenbahngesellschaft beschloß, Vernehmungen vorzunehmen zu lassen zum Zweck einer Ausbeutung des Eisenabbaues in der Oranienkolonie und in der Transvaalkolonie.

Kap Saitien (Haiti), 31. Juli. Die hauptsächlichsten Truppen sind geschlagen worden. Das Kanonenboot „Gréte à Pierrot“ bedroht Port au Prince.

Baden.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 17. Juli d. J. gnädigst geruht, den Oberrechnungs Rath Franz Anton Hügel beim Verwaltungshof zum Revisionsvorstand dafelbst zu ernennen.

Karlsruhe, 31. Juli. Das Geleis- und Ver-

ordnungsblatt herbeiführt in seiner heutigen Nummer das Geleis betr. die Abänderung des Gesetzes vom 15. August 1898 über den Bau und die gwerblichen und kaufmännischen Fortbildungsunterrichts. Ferner das Geleis betr. die Abänderung des Landesgesetzes vom 24. März 1888 über die Ausführung der Unfall- und Krankenversicherung und des Landesgesetzes vom 7. Juli 1892 über die Ausführung der Krankenversicherung. Das Geleis- und Verordnungsblatt macht bekannt: Im Einverständnis mit dem Schweizerischen Bundesrath wird der zwischen dem Großherzogthum Baden und der Schweizerischen Eidgenossenschaft unter'm 20. Juni 1808 abgeschlossene Staatsvertrag, die Gleichstellung der beiderseitigen Staatsbürger in Kontraktverhältnissen betreffend, auf den 1. Januar 1903 außer Kraft gesetzt.

Emmendingen, 31. Juli. Der Streit zwischen Gemeinderath und Bürgerausschuß scheint beigelegt. Amtsvorstand Salzer griff selber ein, und erklärte, laut „Preisg. Ztg.“, in einer Bürgerausschlußsitzung, daß es ihm fernstehe, in das Recht der Selbstverwaltung eingreifen zu wollen, daß er es andererseits aber getrieben als seine Pflicht betrachte, als durchs objektive Person den so viel erörterten Fall vorzutragen, wie er thatsächlich liegt. Seiner Erfahrung nach, und er spreche als vieljähriger Beamter, sei das pöbliche Aussehen des Gemeindefestlegungs oder einer Anzahl von Mitgliedern aus demselben ein Unglück für die betroffene Gemeinde. Man möge versichert sein, daß er (Redner) im Interesse des Bürgerausschusses Alles gethan, um die Gemüthsruhe beider Theile wiederherzustellen. Da er seit zwölf Jahren schon Wohl und Wehe der Stadt theile, so liege es ihm auch am Herzen, Alles abzuwenden, was die Einigkeit zwischen dem Gemeinderath und dem Bürgerausschuß gefährden könnte.

Im weiteren Verlaufe hob er hervor, daß er dem Bürgerausschuß bei seiner bisherigen vertrauensvollen Stellung gegenüber dem Gemeinderath und Gemeinderath nicht schwer fallen, dies Vertrauen zu erneuern, zumal in Erinnerung an die bisherigen Erfolge erwiesener Zusammenkünfte (so in der Schulbaufrage, Trottoiranlage u. a.), und die gemeinsame Arbeit zur Hebung des geistigen und materiellen Wohles von Emmendingen.

Zum Schluß wurde einstimmig folgender Antrag angenommen: Der Bürgerausschuß erklärt, daß der Beschluß vom 16. d. M. betr. Abänderung des Gehalts für den Stadtmagister kein Mißtrauen gegen die Dienstführung des Bürgermeisters und Gemeinderaths auszusprechen wolle.

Dieser Erfolg wird Herrn Salzer hoch angerechnet werden.

W. Zähringen, 31. Juli. Die mir übermittelte Nr. 350 der „Münd. Nachr.“ vom heutigen bringt aus Baden folgendes: Markgraf Bernhard als Kirchenpatron. Um einem längst gefühlten Bedürfnis abzuhelfen, hat man auch einen katholischen Kirchenpatron für das paritätische Land ernannt, dessen Herrscherhaus protestantisch ist. Seit des jetzigen Bernhardus, Patron des Landes, so sieht es auf dem Karlsruher Kirchenzettel für Sonntag, den 27. Juli. Der von der katholischen Kirche bis jetzt nur feil gebliebene, Bernhardus, wie er nun einmal heißen muß, ist der Markgraf Bernhard von Baden. Mit seiner Ernennung zum Kirchenpatron des Landes ward zweierlei bezweckt, einmal, den Vätern zu Gemüthe zu führen, daß „das Land“ früher katholisch war, zum Andern ward auf das Wohlgefallen an Allerhöchster Stelle perführt, da man weiß, daß der Großherzog für seinen Vorfahr Bernhardus von Baden eine besondere Verehrung hegt. Mit dem Namen des jetzigen Bernhardus und der ihm zu Ehren neu erbauten Karlsruher Bernharduskirche sind ja auch allerlei politische Erinnerungen verknüpft. Bei der Grundsteinlegung zu diesem Gotteshaus hielt feierlich der Direktor der Erzbischöflichen Cameralia zu Freiburg, Herr Weiböckler, eine feierliche Rede, eine fulminante Predigt gegen die Socialdemokratie in Gegenwart der Großherzoglichen Herrschaften. Das Karlsruher Amtsblatt mußte dieser Predigt durch wörtlichen Abdruck weitere Verbreitung geben. Bald darauf kamen Wahlen für die großen Städte, Landtag und Reichstag, und siehe da, was der Vertreter der Kurie verheißt, letzte Wader, ihr politischer Agitator, in Thaten um, indem er überall und jedesmal die Centrumscharen für die Socialdemokratie abstimmen ließ.

Der Bürgerausschuß erklärt, daß der Beschluß vom 16. d. M. betr. Abänderung des Gehalts für den Stadtmagister kein Mißtrauen gegen die Dienstführung des Bürgermeisters und Gemeinderaths auszusprechen wolle.

Dieser Erfolg wird Herrn Salzer hoch angerechnet werden.

W. Zähringen, 31. Juli. Die mir übermittelte Nr. 350 der „Münd. Nachr.“ vom heutigen bringt aus Baden folgendes: Markgraf Bernhard als Kirchenpatron. Um einem längst gefühlten Bedürfnis abzuhelfen, hat man auch einen katholischen Kirchenpatron für das paritätische Land ernannt, dessen Herrscherhaus protestantisch ist. Seit des jetzigen Bernhardus, Patron des Landes, so sieht es auf dem Karlsruher Kirchenzettel für Sonntag, den 27. Juli. Der von der katholischen Kirche bis jetzt nur feil gebliebene, Bernhardus, wie er nun einmal heißen muß, ist der Markgraf Bernhard von Baden. Mit seiner Ernennung zum Kirchenpatron des Landes ward zweierlei bezweckt, einmal, den Vätern zu Gemüthe zu führen, daß „das Land“ früher katholisch war, zum Andern ward auf das Wohlgefallen an Allerhöchster Stelle perführt, da man weiß, daß der Großherzog für seinen Vorfahr Bernhardus von Baden eine besondere Verehrung hegt. Mit dem Namen des jetzigen Bernhardus und der ihm zu Ehren neu erbauten Karlsruher Bernharduskirche sind ja auch allerlei politische Erinnerungen verknüpft. Bei der Grundsteinlegung zu diesem Gotteshaus hielt feierlich der Direktor der Erzbischöflichen Cameralia zu Freiburg, Herr Weiböckler, eine feierliche Rede, eine fulminante Predigt gegen die Socialdemokratie in Gegenwart der Großherzoglichen Herrschaften. Das Karlsruher Amtsblatt mußte dieser Predigt durch wörtlichen Abdruck weitere Verbreitung geben. Bald darauf kamen Wahlen für die großen Städte, Landtag und Reichstag, und siehe da, was der Vertreter der Kurie verheißt, letzte Wader, ihr politischer Agitator, in Thaten um, indem er überall und jedesmal die Centrumscharen für die Socialdemokratie abstimmen ließ.

Der Bürgerausschuß erklärt, daß der Beschluß vom 16. d. M. betr. Abänderung des Gehalts für den Stadtmagister kein Mißtrauen gegen die Dienstführung des Bürgermeisters und Gemeinderaths auszusprechen wolle.

Dieser Erfolg wird Herrn Salzer hoch angerechnet werden.

W. Zähringen, 31. Juli. Die mir übermittelte Nr. 350 der „Münd. Nachr.“ vom heutigen bringt aus Baden folgendes: Markgraf Bernhard als Kirchenpatron. Um einem längst gefühlten Bedürfnis abzuhelfen, hat man auch einen katholischen Kirchenpatron für das paritätische Land ernannt, dessen Herrscherhaus protestantisch ist. Seit des jetzigen Bernhardus, Patron des Landes, so sieht es auf dem Karlsruher Kirchenzettel für Sonntag, den 27. Juli. Der von der katholischen Kirche bis jetzt nur feil gebliebene, Bernhardus, wie er nun einmal heißen muß, ist der Markgraf Bernhard von Baden. Mit seiner Ernennung zum Kirchenpatron des Landes ward zweierlei bezweckt, einmal, den Vätern zu Gemüthe zu führen, daß „das Land“ früher katholisch war, zum Andern ward auf das Wohlgefallen an Allerhöchster Stelle perführt, da man weiß, daß der Großherzog für seinen Vorfahr Bernhardus von Baden eine besondere Verehrung hegt. Mit dem Namen des jetzigen Bernhardus und der ihm zu Ehren neu erbauten Karlsruher Bernharduskirche sind ja auch allerlei politische Erinnerungen verknüpft. Bei der Grundsteinlegung zu diesem Gotteshaus hielt feierlich der Direktor der Erzbischöflichen Cameralia zu Freiburg, Herr Weiböckler, eine feierliche Rede, eine fulminante Predigt gegen die Socialdemokratie in Gegenwart der Großherzoglichen Herrschaften. Das Karlsruher Amtsblatt mußte dieser Predigt durch wörtlichen Abdruck weitere Verbreitung geben. Bald darauf kamen Wahlen für die großen Städte, Landtag und Reichstag, und siehe da, was der Vertreter der Kurie verheißt, letzte Wader, ihr politischer Agitator, in Thaten um, indem er überall und jedesmal die Centrumscharen für die Socialdemokratie abstimmen ließ.

Der Bürgerausschuß erklärt, daß der Beschluß vom 16. d. M. betr. Abänderung des Gehalts für den Stadtmagister kein Mißtrauen gegen die Dienstführung des Bürgermeisters und Gemeinderaths auszusprechen wolle.

Dieser Erfolg wird Herrn Salzer hoch angerechnet werden.

W. Zähringen, 31. Juli. Die mir übermittelte Nr. 350 der „Münd. Nachr.“ vom heutigen bringt aus Baden folgendes: Markgraf Bernhard als Kirchenpatron. Um einem längst gefühlten Bedürfnis abzuhelfen, hat man auch einen katholischen Kirchenpatron für das paritätische Land ernannt, dessen Herrscherhaus protestantisch ist. Seit des jetzigen Bernhardus, Patron des Landes, so sieht es auf dem Karlsruher Kirchenzettel für Sonntag, den 27. Juli. Der von der katholischen Kirche bis jetzt nur feil gebliebene, Bernhardus, wie er nun einmal heißen muß, ist der Markgraf Bernhard von Baden. Mit seiner Ernennung zum Kirchenpatron des Landes ward zweierlei bezweckt, einmal, den Vätern zu Gemüthe zu führen, daß „das Land“ früher katholisch war, zum Andern ward auf das Wohlgefallen an Allerhöchster Stelle perführt, da man weiß, daß der Großherzog für seinen Vorfahr Bernhardus von Baden eine besondere Verehrung hegt. Mit dem Namen des jetzigen Bernhardus und der ihm zu Ehren neu erbauten Karlsruher Bernharduskirche sind ja auch allerlei politische Erinnerungen verknüpft. Bei der Grundsteinlegung zu diesem Gotteshaus hielt feierlich der Direktor der Erzbischöflichen Cameralia zu Freiburg, Herr Weiböckler, eine feierliche Rede, eine fulminante Predigt gegen die Socialdemokratie in Gegenwart der Großherzoglichen Herrschaften. Das Karlsruher Amtsblatt mußte dieser Predigt durch wörtlichen Abdruck weitere Verbreitung geben. Bald darauf kamen Wahlen für die großen Städte, Landtag und Reichstag, und siehe da, was der Vertreter der Kurie verheißt, letzte Wader, ihr politischer Agitator, in Thaten um, indem er überall und jedesmal die Centrumscharen für die Socialdemokratie abstimmen ließ.

Der Bürgerausschuß erklärt, daß der Beschluß vom 16. d. M. betr. Abänderung des Gehalts für den Stadtmagister kein Mißtrauen gegen die Dienstführung des Bürgermeisters und Gemeinderaths auszusprechen wolle.

Gemeinsam von der katholischen Geleisenherberge zu Karlsruhe zogen damals die schwarzen Wähler mit den Nothen zum Wahllokal der städtischen Versammlung, und anderwärts wurde es ähnlich gemacht. Das wären so die Erinnerungen aus der neuesten Zeit, die mit dem feigen Bernhard von Baden und mit seiner Ernennung zum Schutzpatron des Landes verknüpft sind.

Nachdem ich zu wiederholten Malen, auch vor Gericht, in aller Oeffentlichkeit und mit größter Ausführlichkeit dargelegt habe, daß es absolut grundlos ist, wenn mir nachgelagt wird, ich hätte die Centrumscharen bestimmt für die Socialdemokratie zu stimmen, glaube ich vollberechtigt zu sein, die hier wiederkehrende Behauptung, daß ich „überall und jedesmal die Centrumscharen für die Socialdemokratie abstimmen ließ, als ordinäre Lüge zu bezeichnen.

St. Georgen i. Schw., 31. Juli. Auch von hier aus ist, wie der „Preisg. Ztg.“ meldet, eine Petition gegen Zulassung der Mönchsklöster an das Ministerium des Innern abgegangen. Selbstverständlich als Begründung wird angeführt: Durch die Beobachtungen und Erfahrungen, welche die Geschichte gebe, werde unwiderbringlich festgestellt, daß die Art und Weise ihres Fortbestehens der religiöse, ja selbst der christliche Friede gefährdet; zum Andern werde dadurch, daß sie im ausgedehnten Maße Liegenchaften erwerben und insbesondere auch Erbschaften sich zuwenden verfehen, der Wohlstand der Bevölkerung gefährdet. Weder dagegen eingewendet, daß die römisch-katholische Kirche die Mönchsklöster wolle oder brauche, namentlich auch als heiliges Vorbild, so sei dagegen zu sagen, daß gerade als wirklames Vorbild die Orden überall verfaßt haben. Suche Niemand seine Befriedigung in einem Leben der Armut und des Gehorsams, so könne er dieses Bedürfnis auch unter den jetzigen Verhältnissen befriedigen u. s. w. Unter alte, abgedroschene Phrasen, mit denen man das Volk „anführt“!

Aus dem Breisgau, 31. Juli. Schreiber dieser Zeilen ist nicht bloß dem „Schwäb. Merkur“ zusällig ist ihm aber doch eine Nummer zu Gesicht gekommen und zwar eine der neuesten. Es paßt ja nicht alle Tage, daß man in diesem Waite etwas aus der Geschichte einer Partei im Kapitel Freiburg zu lesen bekommt. Der freundliche Vermittler mag gedacht haben, ein solches Ereignis habe für einen Breisgau-Farbesonderes Interesse. Das ist auch so. Im „Schwäb. Merkur“ ist nun etwas aus der Geschichte der Partei wieder erzählt oder vielmehr etwas von einem früheren Farver von Wiederholt. Es ist aber eine sehr alte Geschichte, die in's vorige Jahrhundert zurückreicht. Unter'm 27. Juli 1786, also genau vor 116 Jahren, hat der damalige Farver von Wiederholt ein „offenes Verdict an die k. l. Regierung und Kammer“ gerichtet, wie es im „Schwäb. Merkur“ heißt; über den Zustand des Landvolkes, bezügl. über seine Pfarrengemeinde. Der Verdict enthält eine Stelle gegen die „Mendikanten, sonderbar die Kapuziner“, bezügl. in er in Generalanbacht ausgedrückt worden. Und der „Schwäb. Merkur“ scheint zu glauben, es sei ihm damit weiß Gott nicht kräftiger „Trampf“ in die Hand gespielt worden. In dem „Verdict“ soll es heißen: Wenn die Mendikanten (Wiederholter), sonderbar die Kapuziner, am allermeisten die answärtigen, vermindern, so bringen dem Volk abergläubige Begriffe bei, und geben ihm gewisse Präservativmittel wider die Wüthkrankheiten, als Unschäfer, Grenzpaten, Nissalandsbilden und weiß Gott was Alles noch! Durch dieses ziehen sie sich das Vertrauen zu, erhalten, wie billig, mehr Almosen. Sofern der Bauer eine Seude oder Krankheit in seinen Ställen bekümmert, braucht er dieses Mittel, läuft etwa in's nächste Kapuziner Kloster, holt neue oder nimmt einen Kapuziner mit, der ihm Vieh und Ställe auf's Neue sorgsam besichtigt, der d. Schaden in einem Bündlein aufhängt und unter alle Schwellen etwas von seinen Heiligthümern einbrennt, daß sich ja keine Gey-

Aus dem Breisgau, 31. Juli. Schreiber dieser Zeilen ist nicht bloß dem „Schwäb. Merkur“ zusällig ist ihm aber doch eine Nummer zu Gesicht gekommen und zwar eine der neuesten. Es paßt ja nicht alle Tage, daß man in diesem Waite etwas aus der Geschichte einer Partei im Kapitel Freiburg zu lesen bekommt. Der freundliche Vermittler mag gedacht haben, ein solches Ereignis habe für einen Breisgau-Farbesonderes Interesse. Das ist auch so. Im „Schwäb. Merkur“ ist nun etwas aus der Geschichte der Partei wieder erzählt oder vielmehr etwas von einem früheren Farver von Wiederholt. Es ist aber eine sehr alte Geschichte, die in's vorige Jahrhundert zurückreicht. Unter'm 27. Juli 1786, also genau vor 116 Jahren, hat der damalige Farver von Wiederholt ein „offenes Verdict an die k. l. Regierung und Kammer“ gerichtet, wie es im „Schwäb. Merkur“ heißt; über den Zustand des Landvolkes, bezügl. über seine Pfarrengemeinde. Der Verdict enthält eine Stelle gegen die „Mendikanten, sonderbar die Kapuziner“, bezügl. in er in Generalanbacht ausgedrückt worden. Und der „Schwäb. Merkur“ scheint zu glauben, es sei ihm damit weiß Gott nicht kräftiger „Trampf“ in die Hand gespielt worden. In dem „Verdict“ soll es heißen: Wenn die Mendikanten (Wiederholter), sonderbar die Kapuziner, am allermeisten die answärtigen, vermindern, so bringen dem Volk abergläubige Begriffe bei, und geben ihm gewisse Präservativmittel wider die Wüthkrankheiten, als Unschäfer, Grenzpaten, Nissalandsbilden und weiß Gott was Alles noch! Durch dieses ziehen sie sich das Vertrauen zu, erhalten, wie billig, mehr Almosen. Sofern der Bauer eine Seude oder Krankheit in seinen Ställen bekümmert, braucht er dieses Mittel, läuft etwa in's nächste Kapuziner Kloster, holt neue oder nimmt einen Kapuziner mit, der ihm Vieh und Ställe auf's Neue sorgsam besichtigt, der d. Schaden in einem Bündlein aufhängt und unter alle Schwellen etwas von seinen Heiligthümern einbrennt, daß sich ja keine Gey-

Aus dem Breisgau, 31. Juli. Schreiber dieser Zeilen ist nicht bloß dem „Schwäb. Merkur“ zusällig ist ihm aber doch eine Nummer zu Gesicht gekommen und zwar eine der neuesten. Es paßt ja nicht alle Tage, daß man in diesem Waite etwas aus der Geschichte einer Partei im Kapitel Freiburg zu lesen bekommt. Der freundliche Vermittler mag gedacht haben, ein solches Ereignis habe für einen Breisgau-Farbesonderes Interesse. Das ist auch so. Im „Schwäb. Merkur“ ist nun etwas aus der Geschichte der Partei wieder erzählt oder vielmehr etwas von einem früheren Farver von Wiederholt. Es ist aber eine sehr alte Geschichte, die in's vorige Jahrhundert zurückreicht. Unter'm 27. Juli 1786, also genau vor 116 Jahren, hat der damalige Farver von Wiederholt ein „offenes Verdict an die k. l. Regierung und Kammer“ gerichtet, wie es im „Schwäb. Merkur“ heißt; über den Zustand des Landvolkes, bezügl. über seine Pfarrengemeinde. Der Verdict enthält eine Stelle gegen die „Mendikanten, sonderbar die Kapuziner“, bezügl. in er in Generalanbacht ausgedrückt worden. Und der „Schwäb. Merkur“ scheint zu glauben, es sei ihm damit weiß Gott nicht kräftiger „Trampf“ in die Hand gespielt worden. In dem „Verdict“ soll es heißen: Wenn die Mendikanten (Wiederholter), sonderbar die Kapuziner, am allermeisten die answärtigen, vermindern, so bringen dem Volk abergläubige Begriffe bei, und geben ihm gewisse Präservativmittel wider die Wüthkrankheiten, als Unschäfer, Grenzpaten, Nissalandsbilden und weiß Gott was Alles noch! Durch dieses ziehen sie sich das Vertrauen zu, erhalten, wie billig, mehr Almosen. Sofern der Bauer eine Seude oder Krankheit in seinen Ställen bekümmert, braucht er dieses Mittel, läuft etwa in's nächste Kapuziner Kloster, holt neue oder nimmt einen Kapuziner mit, der ihm Vieh und Ställe auf's Neue sorgsam besichtigt, der d. Schaden in einem Bündlein aufhängt und unter alle Schwellen etwas von seinen Heiligthümern einbrennt, daß sich ja keine Gey-

Aus dem Breisgau, 31. Juli. Schreiber dieser Zeilen ist nicht bloß dem „Schwäb. Merkur“ zusällig ist ihm aber doch eine Nummer zu Gesicht gekommen und zwar eine der neuesten. Es paßt ja nicht alle Tage, daß man in diesem Waite etwas aus der Geschichte einer Partei im Kapitel Freiburg zu lesen bekommt. Der freundliche Vermittler mag gedacht haben, ein solches Ereignis habe für einen Breisgau-Farbesonderes Interesse. Das ist auch so. Im „Schwäb. Merkur“ ist nun etwas aus der Geschichte der Partei wieder erzählt oder vielmehr etwas von einem früheren Farver von Wiederholt. Es ist aber eine sehr alte Geschichte, die in's vorige Jahrhundert zurückreicht. Unter'm 27. Juli 1786, also genau vor 116 Jahren, hat der damalige Farver von Wiederholt ein „offenes Verdict an die k. l. Regierung und Kammer“ gerichtet, wie es im „Schwäb. Merkur“ heißt; über den Zustand des Landvolkes, bezügl. über seine Pfarrengemeinde. Der Verdict enthält eine Stelle gegen die „Mendikanten, sonderbar die Kapuziner“, bezügl. in er in Generalanbacht ausgedrückt worden. Und der „Schwäb. Merkur“ scheint zu glauben, es sei ihm damit weiß Gott nicht kräftiger „Trampf“ in die Hand gespielt worden. In dem „Verdict“ soll es heißen: Wenn die Mendikanten (Wiederholter), sonderbar die Kapuziner, am allermeisten die answärtigen, vermindern, so bringen dem Volk abergläubige Begriffe bei, und geben ihm gewisse Präservativmittel wider die Wüthkrankheiten, als Unschäfer, Grenzpaten, Nissalandsbilden und weiß Gott was Alles noch! Durch dieses ziehen sie sich das Vertrauen zu, erhalten, wie billig, mehr Almosen. Sofern der Bauer eine Seude oder Krankheit in seinen Ställen bekümmert, braucht er dieses Mittel, läuft etwa in's nächste Kapuziner Kloster, holt neue oder nimmt einen Kapuziner mit, der ihm Vieh und Ställe auf's Neue sorgsam besichtigt, der d. Schaden in einem Bündlein aufhängt und unter alle Schwellen etwas von seinen Heiligthümern einbrennt, daß sich ja keine Gey-

Aus dem Breisgau, 31. Juli. Schreiber dieser Zeilen ist nicht bloß dem „Schwäb. Merkur“ zusällig ist ihm aber doch eine Nummer zu Gesicht gekommen und zwar eine der neuesten. Es paßt ja nicht alle Tage, daß man in diesem Waite etwas aus der Geschichte einer Partei im Kapitel Freiburg zu lesen bekommt. Der freundliche Vermittler mag gedacht haben, ein solches Ereignis habe für einen Breisgau-Farbesonderes Interesse. Das ist auch so. Im „Schwäb. Merkur“ ist nun etwas aus der Geschichte der Partei wieder erzählt oder vielmehr etwas von einem früheren Farver von Wiederholt. Es ist aber eine sehr alte Geschichte, die in's vorige Jahrhundert zurückreicht. Unter'm 27. Juli 1786, also genau vor 116 Jahren, hat der damalige Farver von Wiederholt ein „offenes Verdict an die k. l. Regierung und Kammer“ gerichtet, wie es im „Schwäb. Merkur“ heißt; über den Zustand des Landvolkes, bezügl. über seine Pfarrengemeinde. Der Verdict enthält eine Stelle gegen die „Mendikanten, sonderbar die Kapuziner“, bezügl. in er in Generalanbacht ausgedrückt worden. Und der „Schwäb. Merkur“ scheint zu glauben, es sei ihm damit weiß Gott nicht kräftiger „Trampf“ in die Hand gespielt worden. In dem „Verdict“ soll es heißen: Wenn die Mendikanten (Wiederholter), sonderbar die Kapuziner, am allermeisten die answärtigen, vermindern, so bringen dem Volk abergläubige Begriffe bei, und geben ihm gewisse Präservativmittel wider die Wüthkrankheiten, als Unschäfer, Grenzpaten, Nissalandsbilden und weiß Gott was Alles noch! Durch dieses ziehen sie sich das Vertrauen zu, erhalten, wie billig, mehr Almosen. Sofern der Bauer eine Seude oder Krankheit in seinen Ställen bekümmert, braucht er dieses Mittel, läuft etwa in's nächste Kapuziner Kloster, holt neue oder nimmt einen Kapuziner mit, der ihm Vieh und Ställe auf's Neue sorgsam besichtigt, der d. Schaden in einem Bündlein aufhängt und unter alle Schwellen etwas von seinen Heiligthümern einbrennt, daß sich ja keine Gey-

Aus dem Breisgau, 31. Juli. Schreiber dieser Zeilen ist nicht bloß dem „Schwäb. Merkur“ zusällig ist ihm aber doch eine Nummer zu Gesicht gekommen und zwar eine der neuesten. Es paßt ja nicht alle Tage, daß man in diesem Waite etwas aus der Geschichte einer Partei im Kapitel Freiburg zu lesen bekommt. Der freundliche Vermittler mag gedacht haben, ein solches Ereignis habe für einen Breisgau-Farbesonderes Interesse. Das ist auch so. Im „Schwäb. Merkur“ ist nun etwas aus der Geschichte der Partei wieder erzählt oder vielmehr etwas von einem früheren Farver von Wiederholt. Es ist aber eine sehr alte Geschichte, die in's vorige Jahrhundert zurückreicht. Unter'm 27. Juli 1786, also genau vor 116 Jahren, hat der damalige Farver von Wiederholt ein „offenes Verdict an die k. l. Regierung und Kammer“ gerichtet, wie es im „Schwäb. Merkur“ heißt; über den Zustand des Landvolkes, bezügl. über seine Pfarrengemeinde. Der Verdict enthält eine Stelle gegen die „Mendikanten, sonderbar die Kapuziner“, bezügl. in er in Generalanbacht ausgedrückt worden. Und der „Schwäb. Merkur“ scheint zu glauben, es sei ihm damit weiß Gott nicht kräftiger „Trampf“ in die Hand gespielt worden. In dem „Verdict“ soll es heißen: Wenn die Mendikanten (Wiederholter), sonderbar die Kapuziner, am allermeisten die answärtigen, vermindern, so bringen dem Volk abergläubige Begriffe bei, und geben ihm gewisse Präservativmittel wider die Wüthkrankheiten, als Unschäfer, Grenzpaten, Nissalandsbilden und weiß Gott was Alles noch! Durch dieses ziehen sie sich das Vertrauen zu, erhalten, wie billig, mehr Almosen. Sofern der Bauer eine Seude oder Krankheit in seinen Ställen bekümmert, braucht er dieses Mittel, läuft etwa in's nächste Kapuziner Kloster, holt neue oder nimmt einen Kapuziner mit, der ihm Vieh und Ställe auf's Neue sorgsam besichtigt, der d. Schaden in einem Bündlein aufhängt und unter alle Schwellen etwas von seinen Heiligthümern einbrennt, daß sich ja keine Gey-

Aus dem Breisgau, 31. Juli. Schreiber dieser Zeilen ist nicht bloß dem „Schwäb. Merkur“ zusällig ist ihm aber doch eine Nummer zu Gesicht gekommen und zwar eine der neuesten. Es paßt ja nicht alle Tage, daß man in diesem Waite etwas aus der Geschichte einer Partei im Kapitel Freiburg zu lesen bekommt. Der freundliche Vermittler mag gedacht haben, ein solches Ereignis habe für einen Breisgau-Farbesonderes Interesse. Das ist auch so. Im „Schwäb. Merkur“ ist nun etwas aus der Geschichte der Partei wieder erzählt oder vielmehr etwas von einem früheren Farver von Wiederholt. Es ist aber eine sehr alte Geschichte, die in's vorige Jahrhundert zurückreicht. Unter'm 27. Juli 1786, also genau vor 116 Jahren, hat der damalige Farver von Wiederholt ein „offenes Verdict an die k. l. Regierung und Kammer“ gerichtet, wie es im „Schwäb. Merkur“ heißt; über den Zustand des Landvolkes, bezügl. über seine Pfarrengemeinde. Der Verdict enthält eine Stelle gegen die „Mendikanten, sonderbar die Kapuziner“, bezügl. in er in Generalanbacht ausgedrückt worden. Und der „Schwäb. Merkur“ scheint zu glauben, es sei ihm damit weiß Gott nicht kräftiger „Trampf“ in die Hand gespielt worden. In dem „Verdict“ soll es heißen: Wenn die Mendikanten (Wiederholter), sonderbar die Kapuziner, am allermeisten die answärtigen, vermindern, so bringen dem Volk abergläubige Begriffe bei, und geben ihm gewisse Präservativmittel wider die Wüthkrankheiten, als Unschäfer, Grenzpaten, Nissalandsbilden und weiß Gott was Alles noch! Durch dieses ziehen sie sich das Vertrauen zu, erhalten, wie billig, mehr Almosen. Sofern der Bauer eine Seude oder Krankheit in seinen Ställen bekümmert, braucht er dieses Mittel, läuft etwa in's nächste Kapuziner Kloster, holt neue oder nimmt einen Kapuziner mit, der ihm Vieh und Ställe auf's Neue sorgsam besichtigt, der d. Schaden in einem Bündlein aufhängt und unter alle Schwellen etwas von seinen Heiligthümern einbrennt, daß sich ja keine Gey-

Aus dem Breisgau, 31. Juli. Schreiber dieser Zeilen ist nicht bloß dem „Schwäb. Merkur“ zusällig ist ihm aber doch eine Nummer zu Gesicht gekommen und zwar eine der neuesten. Es paßt ja nicht alle Tage, daß man in diesem Waite etwas aus der Geschichte einer Partei im Kapitel Freiburg zu lesen bekommt. Der freundliche Vermittler mag gedacht haben, ein solches Ereignis habe für einen Breisgau-Farbesonderes Interesse. Das ist auch so. Im „Schwäb. Merkur“ ist nun etwas aus der Geschichte der Partei wieder erzählt oder vielmehr etwas von einem früheren Farver von Wiederholt. Es ist aber eine sehr alte Geschichte, die in's vorige Jahrhundert zurückreicht. Unter'm 27. Juli 1786, also genau vor 116 Jahren, hat der damalige Farver von Wiederholt ein „offenes Verdict an die k. l. Regierung und Kammer“ gerichtet, wie es im „Schwäb. Merkur“ heißt; über den Zustand des Landvolkes, bezügl. über seine Pfarrengemeinde. Der Verdict enthält eine Stelle gegen die „Mendikanten, sonderbar die Kapuziner“, bezügl. in er in Generalanbacht ausgedrückt worden. Und der „Schwäb. Merkur“ scheint zu glauben, es sei ihm damit weiß Gott nicht kräftiger „Trampf“ in die Hand gespielt worden. In dem „Verdict“ soll es heißen: Wenn die Mendikanten (Wiederholter), sonderbar die Kapuziner, am allermeisten die answärtigen, vermindern, so bringen dem Volk abergläubige Begriffe bei, und geben ihm gewisse Präservativmittel wider die Wüthkrankheiten, als Unschäfer, Grenzpaten, Nissalandsbilden und weiß Gott was Alles noch! Durch dieses ziehen sie sich das Vertrauen zu, erhalten, wie billig, mehr Almosen. Sofern der Bauer eine Seude oder Krankheit in seinen Ställen bekümmert, braucht er dieses Mittel, läuft etwa in's nächste Kapuziner Kloster, holt neue oder nimmt einen Kapuziner mit, der ihm Vieh und Ställe auf's Neue sorgsam besichtigt, der d. Schaden in einem Bündlein aufhängt und unter alle Schwellen etwas von seinen Heiligthümern einbrennt, daß sich ja keine Gey-

Aus dem Breisgau, 31. Juli. Schreiber dieser Zeilen ist nicht bloß dem „Schwäb. Merkur“ zusällig ist ihm aber doch eine Nummer zu Gesicht gekommen und zwar eine der neuesten. Es paßt ja nicht alle Tage, daß man in diesem Waite etwas aus der Geschichte einer Partei im Kapitel Freiburg zu lesen bekommt. Der freundliche Vermittler mag gedacht haben, ein solches Ereignis habe für einen Breisgau-Farbesonderes Interesse. Das ist auch so. Im „Schwäb. Merkur“ ist nun etwas aus der Geschichte der Partei wieder erzählt oder vielmehr etwas von einem früheren Farver von Wiederholt. Es ist aber eine sehr alte Geschichte, die in's vorige Jahrhundert zurückreicht. Unter'm 27. Juli 1786, also genau vor 116 Jahren, hat der damalige Farver von Wiederholt ein „offenes Verdict an die k. l. Regierung und Kammer“ gerichtet, wie es im „Schwäb. Merkur“ heißt; über den Zustand des Landvolkes, bezügl. über seine Pfarrengemeinde. Der Verdict enthält eine Stelle gegen die „Mendikanten, sonderbar die Kapuziner“, bezügl. in er in Generalanbacht ausgedrückt worden. Und der „Schwäb. Merkur“ scheint zu glauben, es sei ihm damit weiß Gott nicht kräftiger „Trampf“ in die Hand gespielt worden. In dem „Verdict“ soll es heißen: Wenn die Mendikanten (Wiederholter), sonderbar die Kapuziner, am allermeisten die answärtigen, vermindern, so bringen dem Volk abergläubige Begriffe bei, und geben ihm gewisse Präservativmittel wider die Wüthkrankheiten, als Unschäfer, Grenzpaten, Nissalandsbilden und weiß Gott was Alles noch! Durch dieses ziehen sie sich das Vertrauen zu, erhalten, wie billig, mehr Almosen. Sofern der Bauer eine Seude oder Krankheit in seinen Ställen bekümmert, braucht er dieses Mittel, läuft etwa in's nächste Kapuziner Kloster, holt neue oder nimmt einen Kapuziner mit, der ihm Vieh und Ställe auf's Neue sorgsam besichtigt, der d. Schaden in einem Bündlein aufhängt und unter alle Schwellen etwas von seinen Heiligthümern einbrennt, daß sich ja keine Gey-

Aus dem Breisgau, 31. Juli. Schreiber dieser Zeilen ist nicht bloß dem „Schwäb. Merkur“ zusällig ist ihm aber doch eine Nummer zu Gesicht gekommen und zwar eine der neuesten. Es paßt ja nicht alle Tage, daß man in diesem Waite etwas aus der Geschichte einer Partei im Kapitel Freiburg zu lesen bekommt. Der freundliche Vermittler mag gedacht haben, ein solches Ereignis habe für einen Breisgau-Farbesonderes Interesse. Das ist auch so. Im „Schwäb. Merkur“ ist nun etwas aus der Geschichte der Partei wieder erzählt oder vielmehr etwas von einem früheren Farver von Wiederholt. Es ist aber eine sehr alte Geschichte, die in's vorige Jahrhundert zurückreicht. Unter'm 27. Juli 1786, also genau vor 116 Jahren, hat der damalige Farver von Wiederholt ein „offenes Verdict an die k. l. Regierung und Kammer“ gerichtet, wie es im „Schwäb. Merkur“ heißt; über den Zustand des Landvolkes, bezügl. über seine Pfarrengemeinde. Der Verdict enthält eine Stelle gegen die „Mendikanten, sonderbar die Kapuziner“, bezügl. in er in Generalanbacht ausgedrückt worden. Und der „Schwäb. Merkur“ scheint zu glauben, es sei ihm damit weiß Gott nicht kräftiger „Trampf“ in die Hand gespielt worden. In dem „Verdict“ soll es heißen: Wenn die Mendikanten (Wiederholter), sonderbar die Kapuziner, am allermeisten die answärtigen, vermindern, so bringen dem Volk abergläubige Begriffe bei, und geben ihm gewisse Präservativmittel wider die Wüthkrankheiten, als Unschäfer, Grenzpaten, Nissalandsbilden und weiß Gott was Alles noch! Durch dieses ziehen sie sich das Vertrauen zu, erhalten, wie billig, mehr Almosen. Sofern der Bauer eine Seude oder Krankheit in seinen Ställen bekümmert, braucht er dieses Mittel, läuft etwa in's nächste Kapuziner Kloster, holt neue oder nimmt einen Kapuziner mit, der ihm Vieh und Ställe auf's Neue sorgsam besichtigt, der d. Schaden in einem Bündlein aufhängt und unter alle Schwellen etwas von seinen Heiligthümern einbrennt, daß sich ja keine Gey-

Aus dem Breisgau, 31. Juli. Schreiber dieser Zeilen ist nicht bloß dem „Schwäb. Merkur“ zusällig ist ihm aber doch eine Nummer zu Gesicht gekommen und zwar eine der neuesten. Es paßt ja nicht alle Tage, daß man in diesem Waite etwas aus der Geschichte einer Partei im Kapitel Freiburg zu lesen bekommt. Der freundliche Vermittler mag gedacht haben, ein solches Ereignis habe für einen Breisgau-Farbesonderes Interesse. Das ist auch so. Im „Schwäb. Merkur“ ist nun etwas aus der Geschichte der Partei wieder erzählt oder vielmehr etwas von einem früheren Farver von Wiederholt. Es ist aber eine sehr alte Geschichte, die in's vorige Jahrhundert zurückreicht. Unter'm 27. Juli 1786, also genau vor 116 Jahren, hat der damalige Farver von Wiederholt ein „offenes Verdict an die k. l. Regierung und Kammer“ gerichtet, wie es im „Schwäb. Merkur“ heißt; über den Zustand des Landvolkes, bezügl. über seine Pfarrengemeinde. Der Verdict enthält eine Stelle gegen die „Mendikanten, sonderbar die Kapuziner“, bezügl. in er in Generalanbacht ausgedrückt worden. Und der „Schwäb. Merkur“ scheint zu glauben, es sei ihm damit weiß Gott nicht kräftiger „Trampf“ in die Hand gespielt worden. In dem „Verdict“ soll es heißen: Wenn die Mendikanten (Wiederholter), sonderbar die Kapuziner, am allermeisten die answärtigen, vermindern, so bringen dem Volk abergläubige Begriffe bei, und geben ihm gewisse Präservativmittel wider die Wüthkrankheiten, als Unschäfer, Grenzpaten, Nissalandsbilden und weiß Gott was Alles noch! Durch dieses ziehen sie sich das Vertrauen zu, erhalten, wie billig, mehr Almosen. Sofern der Bauer eine Seude oder Krankheit in seinen Ställen bekümmert, braucht er dieses Mittel, läuft etwa in's nächste Kapuziner Kloster, holt neue oder nimmt einen Kapuziner mit, der ihm Vieh und Ställe auf's Neue sorgsam besichtigt, der d. Schaden in einem Bündlein aufhängt und unter alle Schwellen etwas von seinen Heiligthümern einbrennt, daß sich ja keine Gey-

Aus dem Breisgau, 31. Juli. Schreiber dieser Zeilen ist nicht bloß dem „Schwäb. Merkur“ zusällig ist ihm aber doch eine Nummer zu Gesicht gekommen und zwar eine der neuesten. Es paßt ja nicht alle Tage, daß man in diesem Waite etwas aus der Geschichte einer Partei im Kapitel Freiburg zu lesen bekommt. Der freundliche Vermittler mag gedacht haben, ein solches Ereignis habe für einen Breisgau-Farbesonderes Interesse. Das ist auch so. Im „Schwäb. Merkur“ ist nun etwas aus der Geschichte der Partei wieder erzählt oder vielmehr etwas von einem früheren Farver von Wiederholt. Es ist aber eine sehr alte Geschichte, die in's vorige Jahrhundert zurückreicht. Unter'm 27. Juli 1786, also genau vor 116 Jahren, hat

